

»DURCHBRUCH DER GLOBALISIERUNG«

≡ Ein Gespräch mit Andreas Rödder über die 1980er als Jahrzehnt der Transformation

Herr Rödder, die 1980er Jahre sind ein Jahrzehnt, das erst langsam ins Bewusstsein der Wissenschaft rückt. Wofür steht diese Dekade, was sehen Sie in ihr?

Die 1980er Jahre sind eine der beiden großen Phasen, auf die sich unsere Gegenwart in historischer Perspektive beziehen lässt. Das sind zum einen die 1970er und 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts sowie zum anderen die Zeit der ersten Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg. Wir erleben einen Paradigmenwechsel im gegenwärtigen Verständnis unserer Gegenwart. Der klassische Bezugspunkt des Zeitalters der Weltkriege, des Ost-West-Konflikts, der Gewalterfahrung der Diktaturen und der Unterdrückung tritt zunehmend zurück und unsere Gegenwart definiert sich sehr viel mehr über Globalisierung und beschleunigten Wandel. Und da gehören die 1980er Jahre ganz erheblich mit dazu – mit ihrem raschen technologischen Wandel, einem Wandel der politischen Ökonomie und der Finanzmärkte und, damit verbunden, einem grundlegenden Wandel der politischen Kultur.

Oftmals werden Jahrzehnte ja spezifisch charakterisiert. Die 1920er Jahre gelten als »golden«; Gerd Koenen hat die 1970er als »rotes Jahrzehnt« bezeichnet. Was wäre denn so eine Signatur der 1980er Jahre?

Jedenfalls eine ganz andere Signatur, als man zeitgenössisch gedacht hat. Damals meinte man, die 1980er Jahre seien die »windstillen Jahre«, in denen nicht viel passiere und in denen sich eine behagliche Gemütlichkeit der Ära Kohl breitmache. Im Nachhinein sehen wir, dass die 1980er Jahre das Jahrzehnt sind, in dem sich der Durchbruch der Globalisierung angebahnt und vorbereitet hat.

Wo sehen Sie die wichtigsten Veränderungsschübe, welche diesen Charakter unterstreichen?

Die entscheidende Zäsur liegt in den frühen 1970er Jahren, zugespitzt: im Jahr 1973, als der Nachkriegsboom abrupt zu Ende ging. Das bedeutete nicht nur einen ökonomischen Einschnitt, sondern auch einen politisch-kulturellen, indem nämlich die planungsgläubige und zukunfts euphorische Modernisierungsideologie der 1960er zu Ende ging. Diesem Umbruch Anfang der siebziger Jahre folgte zunächst eine Zeit der Suche, der Desorientierung. Die siebziger Jahre wurden daher als Krise wahrgenommen, die nicht zuletzt in der zweiten großen Konjunkturkrise und dem Wettersturz in den Ost-West-Beziehungen Ende der 1970er sowie dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck kam. Dieses Krisenbewusstsein wurde im Laufe der 1980er Jahre von einem neuen Zukunfts- und Modernisierungsoptimismus abgelöst, der von der sich durchsetzenden Computertisierung, der sich anbahnenden Internationalisierung, einer günstigen Konjunktorentwicklung und dem heraufziehenden Ende des Ost-West-Konflikts getragen wurde. Insofern sind die 1980er zum Ende hin offen, weil sie einen katalytischen Moment in der Durchsetzung der Globalisierung darstellen, die sich dann nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch einmal massiv verstärkte.

Die 1980er also als ein sehr langes, irgendwie ausfaserndes Jahrzehnt?

Ja. Wobei man aufpassen muss, dass man dieses Denken in Jahrzehnten nicht zu eng fasst. Irgendwann klebt man nur noch Labels auf. Aber die 1980er sind das Transformationsjahrzehnt hin zu den Entwicklungen, die uns bis in die Gegenwart hinein massiv beschäftigen. Und insofern ist es natürlich offen.

Gegensätze traten gleichzeitig auf den Plan: kulturell zum Beispiel die Yuppies auf der einen und die linksalternativen Milieus auf der anderen Seite; politisch die politischen Großprojekte, die mit Thatcher und Reagan auf der einen und Mitterand auf der anderen Seite verbunden sind. Sind die 1980er also geprägt von einem Aufeinanderprallen von Gegensätzen, wie wir es, zumindest in den Jahren seitdem, nicht mehr gesehen haben?

Wenn Sie auf die gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen schauen, insbesondere in der Bundesrepublik in den frühen 1980er Jahren, beispielsweise auf die Debatten um die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen zu Beginn der 1980er, dann sind diese tatsächlich von Polarisierungen und Gräben gekennzeichnet – nicht zuletzt zwischen den sich selbst so nennenden bürgerlichen Kräften auf der einen Seite und den

neuen sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. Diese Gräben waren so unüberbrückbar tief, viel tiefer als heute, dass man sich im Jahr 1983 nicht hätte vorstellen können, dass es jemals zu einer schwarz-grünen Koalition in Hessen oder anderswo kommen würde. Dennoch gibt es, wenn wir etwas näher auf die 1980er Jahre schauen, natürlich immer Hauptströmungen und Gegenbewegungen. Wir haben als Überhang aus den 1970er Jahren Protestbewegungen und ein Krisenbewusstsein aus den frühen 1980ern – die Auseinandersetzungen an der Frankfurter Startbahn West, die Proteste gegen Kernenergie in Brokdorf, Wackersdorf oder Gorleben, bis hin zu den Auseinandersetzungen um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen. In diesen Zusammenhang gehört auch, sozusagen als Nachschlag zum Staatsinterventionismus der Nachkriegszeit, ein Modell wie die Sozialpolitik Mitterrands in den ersten zwei Jahren des Jahrzehnts. Und genau hier wird der Umschlag innerhalb der 1980er Jahre sichtbar: Nach zwei Jahren vollzieht Mitterrand eine scharfe Kehrtwende von einer wohlfahrtsstaatlichen Politik hin zu einer Konsolidierungspolitik. Der französische Fall spiegelt den allgemeinen Übergang der westlichen Industriegesellschaften hin zu einem neuen markt- und stabilitätsorientierten Konsens im Zeichen der sich durchsetzenden neuen Technologien, der sich in den 80er Jahren zunehmend breitmacht. Die USA und Großbritannien der Regierungen Reagan und Thatcher waren die Vorreiterländer, und andere Länder zogen nach. Das ist übrigens auch die Grundlage, auf der man sich überhaupt auf die Europäische Währungsunion hat einigen können.

Worauf schauen Sie, um eine solche Transformation greifbar zu machen?

Als Historiker fährt man immer ganz gut damit, zunächst einmal mit dem alten Schema von Max Weber zu operieren und nach Herrschaft beziehungsweise Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu fragen. Dann ist es sinnvoll, die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Debatten und ihre Schwerpunkte zu sondieren und diese auf ihre historische Signifikanz hin zu befragen, sei es als empirische Aussagen, sei es als analytische Kategorien. Wenn man dies getan hat, hilft schließlich ein Schuss historischer *common sense*, um das Tableau abzurunden: die pragmatische Erwägung der Frage, was ist eigentlich plausibel und was ist historisch bedeutsam?

Vorstellungen von der Zukunft sagen ja oftmals auch etwas aus über die Befindlichkeiten und Gemütszustände der Gegenwart. Inwiefern sind dabei Zukunftsvorstellungen der 1980er als eine Art Stimmungsbarometer aussagekräftig, und was findet man dort generell an Zukunftsideen?

Wenn wir auf die Nachkriegsgeschichte blicken, dann sehen wir, wie sich in den späten 1950er Jahren und dann stark in den 1960er und frühen 1970er Jahren eine wissenschaftsgläubige, planungsorientierte Modernisierungsideologie ausbildet, die mit Hilfe von Mechanismen wie der »Globalsteuerung«, der »Reformplanung« oder der Kybernetik meinte, Zukunft rational gestalten zu können. Das bricht mit der großen Zäsur um 1973 ab und macht einem Krisenbewusstsein Platz. Und wenn Sie auf die neuen sozialen Bewegungen der späten 1970er schauen, dann ist das vorherrschende Zukunftsbild im Grunde Zukunftsangst: die Angst vor dem atomaren Tod, sei es durch ein explodierendes Kernkraftwerk, sei es durch den Einsatz von Nuklearwaffen – und wenn nicht durch »das Atom«, dann durch den sauren Regen. Und diese sehr krisenhafte Gegenwartswahrnehmung und Zukunftsvorstellung schlägt im Laufe der 1980er in einen neuen Zukunftsoptimismus um, der mit den neuen Technologien heraufkommt und in den 1990er Jahren eine neue Form von Modernisierungsideologien freisetzt, die freilich weniger von staatlicher Steuerung ausgehen als in den 1960er Jahren, sondern von Marktkräften, Netzwerken und Selbststeuerung.

Lassen Sie mich hier einmal einhaken und fragen, wodurch kommt das eigentlich genau? Ist es allein die Technologiebegeisterung?

Am Anfang war die Krise des Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit. Im Moment macht sich gerade in den Geschichtswissenschaften ein, wie ich finde, vereinfachtes Bild breit: Eine Lesart der Nachkriegsgeschichte, die besagt, dass sich in den 1950er und 1960er Jahren ein wohlfahrtsstaatlicher Nachkriegskonsens etabliert habe, der in den 1970er Jahren in den Neoliberalismus umgeschlagen sei, der dann seit den 1980er Jahren implementiert worden sei, Solidaritäten deformiert, Demokratien entkernt und geradewegs in die Krise von 2008 geführt habe – wobei der normative Unterton nicht zu überhören ist. Diese Lesart ist nach meinem Dafürhalten zu einfach, allein schon deshalb, weil man in den 1970er Jahren hat erkennen müssen, dass die Form des keynesianisch inspirierten Staatsinterventionismus schlicht und einfach nicht funktionierte. Insbesondere in Großbritannien, von wo diese Bewegung ja in starkem Maße ausging, herrschte in den 1970er Jahren kein Konsens mehr, sondern eine lähmende Krise. Wofür die 1980er Jahre dann stehen, ist eine Politik der Freisetzung von Marktkräften als Reaktion auf den nicht mehr funktionierenden Interventionismus der 1970er Jahre. Die 1980er sind aber nicht die neunziger und nicht die frühen 2000er Jahre, vielmehr haben sich Entwicklungen verselbstständigt, weil Nachregulierungen ausgeblieben sind. Das aber waren nicht die Jahre Margaret Thatchers, sondern Tony Blairs.

In welchem politischen Klima entwickelt sich denn dieses Neue?

Für uns sehr viel sichtbarer als für die Zeitgenossen ist ein doppelter Bezugsrahmen in den 1970er Jahren. Auf der einen Seite prallen marktliberale und klassisch wohlfahrtsstaatliche Positionen aufeinander, ohne die Kenntnis der weiteren Entwicklung. Als die Regierung Kohl 1982 ins Amt kam, prognostizierten die Gewerkschaften eine neue »soziale Kälte«. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, dass, zumindest für die 1980er Jahre in der Bundesrepublik, nichts davon eingetreten ist. Der andere Bezugspunkt – und man muss aufpassen, dass man ihn aus unserer heutigen Perspektive nicht zu sehr aus den Augen verliert – ist immer der Hintergrund der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges. Gerade die frühen 1980er Jahre sind von einer wieder aufgelebten Furcht vor der Bedrohung durch die Gegenseite im »zweiten Kalten Krieg« beseelt.

Frank Uekötter, der in diesem Heft über Angst und Bedrohung schreibt, stellt die 1908er Jahre in England mit einer sehr viel schärferen Polarisierung einem, wie er es nennt, abgedämpften Jahrzehnt in Deutschland gegenüber. Wie kommen eigentlich diese Unterschiede zustande?

Ich würde drei Gründe namhaft machen. Zum einen steckte England in den siebziger Jahren in einer sehr viel tieferen Krise als die Bundesrepublik. Eine flächendeckend nicht mehr funktionsfähige Industrie, das ist das britische Problem, plus die gesellschaftlich-politische Macht der Gewerkschaften, die in der Lage waren, das ganze Land lahmzulegen. Das ist das eine. Das andere sind eine politische Kultur und ein politisches Institutionensystem, die sehr viel kontroversere und konsequentere Entscheidungen möglich machten, wenn man einmal eine Mehrheit hatte. Hinzu kommt freilich der Faktor der Persönlichkeit, und das heißt: Margaret Thatcher. Es gab ja genug Konservative, die einen sehr viel moderateren, kompromissbereiteren Kurs befürworteten. 1981 wurde Thatcher von ihren eigenen Parteikollegen bestürmt, ihren harten Sparkurs zu ändern, und sie antwortete mit dem berühmten Satz: »The lady is not for turning.« In der Bundesrepublik war weder die Krise so tief wie in Großbritannien, noch war Kohl auch nur in Ansätzen so kontrovers wie Thatcher. Kohl war der Inbegriff des »Modells Deutschland« und der »Politik des mittleren Weges«.

Dem gegenüber stand ein hohes Maß an Bürgerpartizipation, insbesondere in den neuen sozialen Bewegungen. Täuscht der Eindruck oder verhalten sich Protest und Engagement über die Zeit wellenförmig? Und wenn ja, wodurch geschieht so etwas?

Wenn es solche Wellen denn wirklich gibt. Wir haben in der Bundesrepublik immer mal wieder Ausschläge von Protest und Partizipation, von der Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in den 1950ern bis zu den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg 1991. Diese Politisierung scheint mir in der bundesdeutschen Geschichte eher eine Ausnahmephase zu sein. Wenn Sie überlegen, dass noch Anfang der sechziger Jahre die Rede davon war, dass die »Studenten von heute« völlig angepasst wären, dann wird schnell klar, dass die Politisierung, die wir mit »68« und den 1970er bzw. frühen 1980er Jahren verbinden, erst in den späten 1960ern wirklich massiv auftritt und in den 1980ern dann wieder abebbt, wobei es nicht nur die Politisierung und die Partizipation der neuen sozialen Bewegungen gegeben hat, sondern ebenso auch die ihrer politischen Opponenten. Auf den Autos klebten ja nicht nur »Atomkraft – Nein danke!«- oder SPD-Sticker, sondern auch CDU- und CSU-Aufkleber, bis zum Konterfei von Franz Josef Strauß 1980. Sehen Sie heute noch ein Auto mit einem Aufkleber einer politischen Partei, wenn es nicht gerade das Wahlkampfmobil der Kandidaten ist? Mir scheint die Zeit von den späten sechziger bis zu den frühen 1980er Jahren eher eine besondere Phase in der Geschichte der Bundesrepublik zu sein, weniger eine zyklische Wellenbewegung. Diese Form der Politisierung hing offensichtlich mit einer bestimmten Phase der Selbstverständigung der bundesdeutschen Gesellschaft zusammen.

Es ist auffällig, dass sich in den 1980er Jahren etwas ballt. Gerade in Bezug auf die eigene Vergangenheit, wenn man an den Historikerstreit und an die Diskussion der Weizsäcker-Rede zum Tag des Kriegsendes denkt, bis hin zu den Debatten um Museumsgründungen. Ist das auch eine Phase, in der generationell dieses Thema der Vergangenheitsbewältigung anders angefasst wird?

Generationell kommt der eigentliche Umbruch erst in den 1990er Jahren mit dem Übergang von der kontroversen »Bewältigung« zur konsensualen »Aufarbeitung« durch die gar nicht mehr beteiligten Nachgeborenen, die heute die NS-Vergangenheit von Ministerien oder Unternehmen untersuchen. Das ist in den 1980er Jahren ja noch anders. Hier stoßen die Flakhelfergeneration der um 1930 Geborenen und die Achtundsechziger aufeinander, wobei die Konfliktlinien auch quer durch die Generationen laufen, so dass wir es nicht nur mit einem Generationenkonflikt zu tun haben. Was wir in den 1980er Jahren allerdings erleben, ist ein Paradigmenwechsel im Geschichtsbild: ein Paradigmenwechsel hin zu den Opfern. Bis in die 1970er Jahre haben Darstellungen zum Nationalsozialismus in aller Regel die Jahre 1933–1939 umfasst und die Frage der Implementation der Diktatur in der deutschen Gesellschaft

thematisiert. In den 1980er Jahren verschiebt sich die Perspektive hin zu den Opfern, insbesondere natürlich im Hinblick auf den Mord an den europäischen Juden. Das verliert man heute leicht aus dem Blick, da uns die gesamte Geschichte und Dimension der Opfer des Holocaust in aller Deutlichkeit vor Augen steht. Als ein wirklich flächendeckendes geschichtsprägendes Element hat sich dies, übrigens auch europaweit, erst in den 1990er Jahren, nach dem Ende des Kalten Kriegs, durchgesetzt. Dieser Wechsel in der Perspektive in den 1980er Jahren geschieht immer noch unter dem Gesamteindruck der Systemkonkurrenz. Ein Beispiel etwa ist das Verhältnis zu Polen: Nach 1990 rückte Polen als Opfer deutscher Gewalt ins Bild, vor 1989 war Polen immer Teil des gegnerischen politischen Blocks.

Was sind denn Generationen, die hier in den 1980er Jahren diese Transformation mitmachen, wodurch sind sie geprägt und welche Werthaltungen ringen da miteinander?

Nach der klassischen Definition Karl Mannheims setzt die Generationenprägung nicht nur ein statistisches Geburtsjahr, sondern immer auch das spezifische Generationenerlebnis voraus. Davon kann man, was die Weltkriege angeht, sicher auch mit Grund ausgehen. Insofern haben wir es in den 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik mit drei Generationen zu tun. Da ist die Generation der Soldaten, zu denen auch Helmut Schmidt gehört, die Generation der Flakhelfer, die zuweilen auch die »45er« genannt wird, also die um 1930 Geborenen, die ihre Jugend im Nationalsozialismus erlebt und den Krieg am Schluss möglicherweise als Flakhelfer sogar noch aktiv miterlebt hatten. Und drittens die Achtundsechziger-Generation, der im oder kurz nach dem Krieg Geborenen und nach dem Krieg Aufgewachsenen. Die Generation, die die 1980er prägt, ist in ganz starkem Maße die Flakhelfer-Generation. Ihre Vertreter, ohnehin früh in führende Positionen gelangt, stehen in ihren 50ern und in ihrem Zenit – das typischste Beispiel: Helmut Kohl. Sie bringen übrigens in europapolitischer Hinsicht eine ganz eigene Prägung mit, eine Bereitschaft zur europäischen Integration, wie sie davor bei denjenigen, die sehr viel stärker im klassischen Konzept von Nationen verhaftet waren, aber auch danach bei denjenigen, die die Dinge wieder pragmatischer und nüchterner sehen, so kaum mehr anzutreffen ist.

Womit erklären Sie das?

Die Lehre der »alten Bundesrepublik« hieß »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder deutsche Vormacht« – allerdings in unterschiedlichen Varianten. Die Friedensbewegung stand für die pazifistische Variante, Kohl hingegen für

Westbindung und Bündnisloyalität, die freilich nicht verhindern konnten, dass die Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren immer stärker und mehr und mehr zur europäischen Vormacht wurde – zum Erschrecken vieler Deutscher, von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl. Man muss sich klar machen: Dieses Land hatte den Krieg verloren, es war geteilt worden, es war keine Nuklearmacht, hatte seine Schwerindustrie in den 1950er Jahren vergemeinschaftet – und wurde nun wieder zur zentralen Macht in Europa, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Insofern war übrigens Helmut Schmidts Wort, die Bundesrepublik sei »ein wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg« immer schon im Ansatz falsch. Vor diesem Hintergrund war die Botschaft der 45er-Generation, insbesondere Kohls, diesem Umstand Rechnung zu tragen und Deutschland auf jeden Fall in Europa einzubinden, um eine neue deutsche Vormacht zu verhindern, was sich dann nach der Wiedervereinigung noch einmal erheblich verstärkte.

Kann man hier also schon den Beginn eines ökonomischen Wettstreits mit anderen Ländern erkennen, der bald die Diskussion über Wettbewerbsfähigkeit und Standortbedingungen befeuern sollte?

Diese Sichtweise setzte sich in Deutschland erst in den 1990ern durch. Die deutsche Perspektive in den 1980ern war eine andere: die Vorstellung, dass man mit einer Politik der Haushaltskonsolidierung und der Währungsstabilität die Dinge aus eigener Kraft wieder flott machen könnte. Und dies gelang in der Bundesrepublik in den 1980ern ja auch. Bald nach dem Regierungswechsel von 1982 setzte eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein, die zunächst eher moderat verlief und in den späten 1980ern in einen veritablen Boom überging. Ende der 1980er Jahre erlebte die Bundesrepublik eine solche Wachstumsphase, dass das Land vor Kraft kaum laufen konnte. Schauen Sie einmal auf die Feiern anlässlich des 40-jährigen Bestehens im Frühjahr 1989: Die Bundesrepublik war noch nie so sehr bei sich gewesen, und allerorten war glücklich und zufrieden die Rede vom »Modell Deutschland«.

Eine historische Erfahrung am Rande: Wenn bislang in Deutschland vom »Modell Deutschland« die Rede war, befand sich das Land gerade auf dem Weg in Strukturprobleme. Und als der »Abstieg eines Superstars« ausgerufen wurde, war das Land schon wieder auf dem Weg nach oben. Insofern ist immer Vorsicht geboten, wenn das »Modell Deutschland« allzu positiv kommuniziert wird.

In den 1980ern war zwar zuweilen von einem »Reformstau« die Rede, aber in den späten 1980er Jahren waren die ökonomischen und sozialen Daten so positiv, dass die Debatte in Deutschland nur sehr verhalten einsetzte. Hinzu

kommt, dass gerade unter dem Eindruck der sozialen Härten der Thatcher-Regierung, gerade aus dem anglo-amerikanischen Ausland, die Bundesrepublik in den 1980er Jahren als das »Modell Deutschland« wahrgenommen wurde, als Musterfall einer prosperierenden und sozial stabilen Wirtschaft und Gesellschaft.

Inwieweit ist denn die geistig-moralische Wende Kohls eigentlich Teil dieser Transformation?

Wenig. Die »geistig-moralische Wende« ist ein Slogan Kohls gewesen, der die meisten von denen, die darauf gehofft hatten, völlig unbefriedigt gelassen hat. Was die Regierung Kohl verändert hat, war erstens, eine Politik der Haushaltskonsolidierung einzuleiten, und zweitens, eine Außen- und Sicherheitspolitik der dezidierten Westbindung und loyalen Bündnispolitik zu betreiben. Das ist aber beides nicht das, was im Zentrum der sogenannten »geistig-moralischen Wende« stand. Wenn es diese in einem Bereich gab, dann in der Familienpolitik, vor allen Dingen mit der Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rentenanwartschaft, weil ebendies letztendlich eine Strukturveränderung zugunsten der Kindererziehung in den deutschen sozialen Sicherungssystemen darstellte.

Mit der Besserstellung der Frau ...

Schlicht und ergreifend mit der Anerkennung von Familienarbeit in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht. Das blieb natürlich weit hinter dem zurück, was viele Familienpolitiker immer im Hinblick darauf gefordert haben, Familienarbeit anzuerkennen und gleichzustellen. Aber hier war sozusagen der sozialrechtliche Durchbruch erzielt, dies zumindest im Prinzip anzuerkennen.

Für Sie als Historiker sind die 1980er nicht nur wissenschaftliches Anschauungsgebiet, sondern im Prinzip tragen Sie das immerwährende Ringen zwischen dem Wissenschaftler und dem Zeitzeugen in sich. Wie charakterisieren Sie persönlich für sich die 1980er Jahre?

Die 1980er Jahre sind mein Jahrzehnt! Meine politische Sozialisation ist untrennbar verbunden mit den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung der Mittelstreckenraketen in den frühen 1980er Jahren. Vor einiger Zeit sah ich eine ganzseitige Zeitungsseite mit einer großen Zahl von Porträtfotos der Beteiligten dieser Kontroverse, sowohl auf Seiten der Friedensbewegung als auch auf der Seite ihrer Gegner – und ich kannte alle sofort beim Namen und hatte eine präzise Erinnerung daran. Insofern: ja, hier liegt eine Spannung vor, die eigene Erinnerung und die

wissenschaftliche Erkenntnis miteinander zu verbinden. Dabei erschließe ich mir über die wissenschaftliche Erkenntnis immer wieder völlig neue und mir ganz unbekannte Welten meiner eigenen Vergangenheit und der Zeit, in der ich gelebt habe.

Inwiefern?

Die historische Betrachtung als Zeitzeuge ist gefährlich und chancenreich zugleich. Natürlich ist die Brille der eigenen persönlichen Erinnerung eine Gefahr, Dinge in einer ganz bestimmten Perspektive zu sehen – angefangen von geglaubten Gewissheiten im Kleinen bis hin zu grundsätzlichen Einschätzungen, die man weitertransportiert. Diese Gefahr gilt im Grundsatz für alle Geschichtsschreibung: Ein Katholik schaut anders auf die Reformation als ein Protestant und ein Mann anders auf die Hexenverbrennung als eine Frau. Aber es gilt natürlich in Hinblick auf die Zeitgeschichte sehr, sehr zugespitzt. Auf der anderen Seite macht die Nähe zum Gegenstand einen besonderen intellektuellen Reiz aus, sie ist eine Herausforderung an die Erkenntnisfähigkeit von Historikern und den Anspruch des Bemühens um Vorurteilslosigkeit, um mit vermeintlichen Gewissheiten wissenschaftlich umzugehen und bislang Geglaubtes durch neu Erkanntes zu ersetzen.

Was macht für Sie die Faszination dieser Jahre aus als jemand, der in der Zeit aufgewachsen ist?

Die Faszination – und das macht die Zeit seit den 1980ern der Zeit vor 1914 ähnlich – liegt in den Vorgängen der Pluralisierung und der Beschleunigung: von Computern über moderne Kommunikationsmittel, Möglichkeiten der Mobilität und des Reisens bis hin zu gesamtgesellschaftlichen Pluralisierungsprozessen. »Radikale Pluralität« hat Wolfgang Welsch dies genannt, wobei die historische Empirie zeigt, dass die gesamtgesellschaftlich verbreiteten Lebensformen sich sehr viel langsamer gewandelt haben als der intellektuelle Anspruch auf den Höhen der philosophischen oder intellektuellen Debatten der Postmoderne. Diese neue Pluralität war zugleich mit großen Unsicherheiten verbunden: Niemand weiß, wohin das Ganze eigentlich geht. Und genau das erleben wir ja auch im Moment – ein Beispiel: Mit einem Federstrich in der *FAS* widerruft Sascha Lobo sein Credo vom Internet als dem Medium einer neuen Demokratie. Je selbstgewisser die Propheten, desto weniger sollte man ihnen glauben. Es hilft nichts: Wir müssen Unsicherheit aushalten, auch die Unsicherheit, wo sich eine zunehmend beschleunigte Entwicklung eigentlich hinbewegt. Das macht die Zeit seit den 1980ern der vor 1914 so ähnlich – und die gegenwärtige Wiederentdeckung der Geschichte

vor 1914 eröffnet zugleich neue Perspektiven für die historische Einordnung und das Verständnis der Gegenwart.

Kann man denn identifizieren, dies als letzte Frage, welche neuen grundlegenden Tendenzen sich seit den 1980er Jahren herausgebildet haben?

Genau diese Frage versuche ich in meinem neuen Buch zu beantworten, das den vielleicht etwas vermessenen Arbeitstitel »Geschichte der Gegenwart« trägt und das zentrale Entwicklungen und Probleme der Gegenwart in ihrer historischen Entstehung und in ihren internationalen Bezügen erklären will. Anfang nächsten Jahres möchte ich damit fertig sein, und nun bitte ich Sie um Nachsicht, dass ich nicht schon heute alles verraten möchte.

Das Interview führte Felix Butzlaff.



Prof. Dr. Andreas Rödder, geb. 1967, ist Professor für Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt Internationale Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Johannes-Gutenberg-Universität. Im akademischen Jahr 2012/13 nahm er die Gerda-Henkel-Gastprofessur an der London School of Economics und am Deutschen Historischen Institut London wahr.